GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG VII. FEBRUARIE / FÉVRIER / FEBER 1929. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 2

Der rechte Weg?

Von **Dr. Ewald Ammende**

Generalsekretär der Europäischen Nationalitätenkongresse.

In Rumänien, speziell in Siebenbürgen, ist es innerhalb des Deutschtums, auch zwischen den Deutschen und einigen anderen Minoritäten — so den Ungarn — zu einer heftigen Polemik über die Richtigkeit und Zulässigkeit der deutschen Bündnispolitik mit Juliu Maniu und seiner Partei während der letzten Parlamentswahlen gekommen. Man erhebt gegen die Deutschen, speziell gegen diejenigen unter ihnen, die das Wahlkartell zustande brachten, den Vorwurf, dass sie mit ihrer Handlungsweise, entgegen dem Geiste und den Empfehlungen des Genfer Nationalitätenkongresses, den Minoritatenblock in Rumänien verhindert haben, dessen Zustandekommen, wie behauptet wird, jetzt möglich gewesen wäre. Dabei wird auch noch besonders betont, dass dieses Vorgehen in gewisser Weise jene Abmachung, die die Vertreter der Minderheiten Rumäniens untereinander in Genf trafen und welche ein Zusammenwirken alldieser Gruppen vorsah, desavouiere.

Schreiber dieser Zeilen hat als beamteter Funktionär des Europäischen Nationalitätenkongresses seit Jahren grundsätzlich den Standpunkt vertreten, dass die Minderheiten eines Staates zwecks gemeinsamer Abwehr der ihnen gegenüber angewandten Vergewaltigungsmethoden — speziell bei den Wahlen — sich, wenn irgend möglich, auf dem Wege der Gründung eines Minoritätenblockes gegenseitig unterstützen sollten. Mit aufrichtigem Bedauern hat er Kenntnis davon genommen, dass der Minderheitenblock in Rumänien bei den letzten Parlamentswahlen nicht verwirklicht worden ist. Doch bei einer objektiven Beurteilung der Sachlage kann keineswegs übersehen werden,

dass die Situation bei den letzten Wahlen für die Minderheitensache eine andere war, wie anlässlich aller bisherigen Parlamentswahlen nicht nur in Rumänien, sondern auch in den meisten anderen osteuropäischen Staaten. Es ist nicht übertrieben, wenn man behauptet, dass die ganze Welt diese Änderung in den Verhältnissen Rumäniens erkannt und als geschichtliches Moment für dieses Land kommentiert hat. Entweder es gelingt Juliu Maniu, diesem lauteren und bisher völlig unbescholtenen Manne mit eiserner Hand die Korruption und Rechtlosigkeit auszurotten und so auch den Minderheitenproblem eine zeitgemässe, ja möglicherweise sogar vorbildliche Lösung zu geben, oder Rumänien wird endgültig von der Misswirtschaft befallen. Es kommt hinzu, dass Juliu Maniu sich noch in den letzten Jahren — u. a. auch zu dem Schreiber dieser Zeilen — in der allerentschiedensten Weise zugunsten einer vorbildlichen Lösung des Minderheitenproblems in seinem Lande geäussert hat. Es ist daher verständlich, dass die Einstellung der Minoritäten zu Juliu Maniu und seiner Partei eine gänzlich andere ist und wohl auch sein muss als zu den übrigen rumänischen Parteien, speziell den Liberalen, mit denen seitens der Minoritäten, wie man weiss, gleichfalls Wahlbündnisse abgeschlossen waren. So erklärt sich auch, warum in der Bukowina die Polen und ein Teil der Ukrainer mit Rechtsanwalt Szimonovicz und dem Abg. Krakalia an der Spitze — die beide Delegierte des Nationalitätenkongresses waren — schon während der für Maniu so schweren Zeit seiner Opposition in einem Bündnisverhältnis mit ihm standen.

Kann unter diesen Umständen die Tatsache, dass ein Teil der Minoritäten Rumäniens — die Deutschen, die national organisierten Juden und die Ukrainer — sich Maniu im Wahlkampfe anschlossen, nun so ohne weiteres als Opportunismus oder gar als Verrat an der Minderheitensache ausgelegt werden?

Opportunismus ist es, wenn man auf Kosten der anderen Minderheitsgruppen mit notorisch minderheitsfeindlichen Parteien ein Handelsgeschäft abschliesst und diese gegen gewisse konkret fixierte Zugeständnisse — die sich nur auf die eigene Gruppe beziehen — im Wahlkampfe unterstützt.

Gerade das Entgegengesetzte ist jetzt in Rumänien geschehen. Denn die mit Maniu in ein Wahlkartell getretenen Minderheiten haben darauf verzichtet, für die eigenen Gruppen

protokollarisch gefasste Zugeständnisse zu erwirken, statt dessen haben sie sich einfach der Persönlichkeit Juliu Maniu's anvertraut, seinem Wort, die Minderheitenfrage in Rumänien nach bestem Wissen und Gewissen zu regeln, geglaubt.

Ja, einer der Initiatoren des Wahlkartells mit Maniu von siebenbürgisch-deutscher Seite hat die Motive, die ihn zu dieser Stellungnahme veranlassten, in folgendem Satze zusammengefasst: „Gerade um der Minderheitenrechte willen bin ich für das Wahlkartell mit der Regierung und gegen den Minderheitenblock eingetreten, weil ich fest davon überzeugt bin, dass in dieser entscheidenden Zeit nur durch ein freundschaftliches Zusammenarbeiten mit der gegenwärtigen Regierung in diesen Dingen voranzukommen ist". Ähnlich haben auch der ukrainische Vertreter im Senat, Dr. W. von Zalockieckyj und der Führer des nationalen Judentums in der Bukowina, Dr. Mayer-Ebner — ein Mann, der seit Jahren um die nationale Selbständigkeit des Judentums in Rumänien kämpft und in Czernowitz zu den Trägern des Gedankens eines Zusammengehens der Minderheiten gehört — ihre Stellungsnahme begründet.

Und in der Tat, wenn es den mit Maniu im Bündnisverhältnisse stehenden Minoritätenabgeordneten gelingen sollte, diesen zu einer schnellen und grosszügigen Regelung des Nationalitätenproblems zu veranlassen, so wäre das nicht nur für ihre Gruppen, sondern im gleichen Masse für die Gesamtheit aller Minoritäten von der entscheidendsten Bedeutung.

Gewiss, man kann hier einwenden — und von einigen Seiten ist dies bereits geschehen — dass die mit Maniu gehenden Gruppen sich keinerlei schriftliche Zusicherungen ausbedungen hätten, sodass ihnen für die Erfüllung der Versprechungen nunmehr jede Garantie fehle. Meines Erachtens ist dieser Einwand jedoch nur unter einer Voraussetzung stichhältig und zwar wenn es sich erweisen sollte, dass der Glaube an Maniu nicht gerechtfertigt war, d. h. wenn Maniu trotz seiner Vergangenheit, seinen bisherigen Erklärungen und den Beschlüssen von Karlsburg im entscheidenden Augenblicke versagt. Dann allerdings, dann wäre die Partie der jetzt mit Maniu verbundenen Gruppen und Persönlichkeiten verloren. Doch auch die Stellung Juliu Maniu's wäre dann gegenüber von Millionen von Menschen, die heute in aller Welt voller Hoffnung und Glauben auf ihn blicken, moralisch erschüttert.

Dieses zu verhindern ist aber gerade die Aufgabe der mit Maniu verbundenen Minderheitsgruppen. An ihnen ist es unter Aufbietung all ihrer Kräfte daran zu arbeiten, dass die Schwierigkeiten, auf die Maniu bei Durchführung seines Minderheitenprogramms natürlicherweise stossen muss, überwunden werden.

Dabei ist offensichtlich, dass der Erfolg dieser Arbeit nicht zuletzt von der moralischen Unterstützung, diese Gruppen bei ihrem Vorgehen von Seiten der anderen Minderheiten Rumäniens erfahren, abhängt. Anders ausgedrückt, ein Zwist und ein gegenseitiges Sichbekämpfen müsste im Augenblick, wo die Solidarität unter den Minderheiten mehr denn je erforderlich ist, gerade unheilvoll wirken. Darum will mir scheinen, dass um die Sache der Minderheiten in Rumänien, ja um die ganze europäische Nationalitätenbewegung so hoch verdiente Männer wie Dr. Elemér von Jakabffy trotz aller berechtigten Verstimmung Wegen des Nichtzustandekommens des Minderheitenblocks ihre ganze Autorität dafür einsetzen sollten, um den Zwistigkeiten unter den Minderheiten Einhalt zu gebieten und die Solidarität der Minoritäten Rumäniens, die selbstredend auch trotz des Wahlblockes bestehen kann und muss, zu kräftigen und zu stützen.

Zu diesem Appell an die Führer der Minderheiten in Rumänien fühle ich mich berechtigt, weil ich ihnen seit Jahren nahestehe und stets an einer Festigung der Beziehungen unter ihnen gearbeitet habe. Doch wenn ich solches tue, geschieht das noch aus einem anderen Grunde. Welch eine Entwicklung die Regelung der Minderheitenfrage in Rumänien nehmen wird, ist eine Angelegenheit, die heute nicht nur für die Minoritäten dieses Landes, sondern in gleichem Masse auch für die aller anderen Teile und Staaten Europas von der grössten Bedeutung ist. Denn wenn Rumänien, ein minderheitenfeindlicher Staat par excellence, plötzlich zur Gruppe der in dieser Frage fortschrittlichen Länder tritt, so muss dieser Vorgang naturgemäss von einer grossen moralischen und psychologischen Wirkung auf die anderen am Problem direkt beteiligten Völker und Staaten sein. Was heute in Rumänien in Bezug auf einen Ausgleich zwischen Minderheiten und Mehrheitsvolk erfolgt, interessiert daher die Allgemeinheit, speziell aber alle Minderheiten unseres Kontinentes. Auch das sollte ein Grund zur Wahrung, sowie Fortentwicklung der Solidarität und Einigkeit zwischen den Nationalitäten Rumäniens sein.

Viaţa şi organizaţia bisericii şi şcolii româneşti din Transilvania şi Ungaria sub dominaţia ungară.

— Date culese din sursele româneşti. —

(Urmare şi sfârşit.)

PARTEA V.

1. Zona culturală.[*]

După proiectul de lege (şi expunere de motive) asupra învăţământului Particular, de Dr. C. Anghelescu; editat de Ministerul Instrucţiunii. Bucureşti, 1925, p. 54—56.

În 1917 însă un pericol mult mai mare ca cele din trecut ameninţa şcoala românească şi cele două confesiuni româneşti sunt puse la grea încercare.

La 2 August 1917, Apponyi trimite Metropolitului din Sibiiu următoarea adresă:

Evenimentele dureroase împreunate cu invazia armatei române... mă silesc să iau şi alte dispoziţiuni.

În intenţiunile patriotice ale Excelenţei Tale, nici înainte, nici acum nu mă îndoiesc. Însă, durere, purtarea celor mai mulţi învăţători confesionali, cu prilejul invaziunii române, ne dovedeşte, că realizarea acestor intenţii patriotice în şcoalele de pe teritoriile amintite, n'a succes...

Din acest punct de vedere porneşte acţiunea de statificare a şcoalelor, pe care o iniţiez pentru a creia patriei o puternică graniţă culturală şi pentru întruparea căreia, în primul rând, mi se ofer acele comune, din cari învăţătorul confesional sau comunal, de bunăvoie s'a îndepărtat cu duşmanul, sau a cărui învăţători confesionali sau comunali stau sub cercetare penală...

În şcoalele de stat, astfel înfiinţate, am de gând să aplic numai învăţători, cari cunosc limba maternă a poporului...

Vreau să stabilesc o înţelegere loială cu privire la edifi-

[*] L. Triteanu. Şcoala noastră. Zona culturală. Sibiiu, 1919. P. 61—164. Toate datele sunt luate din această interesantă lucrare.

ciile şcolare şi la apartinenţele lor, fie prin cumpărare cu drept de proprietate, fie prin închiriere, etc.

La această adresă, atât de gravă şi a cărei aplicare ar fi adus cu sine desfiinţarea şcoalelor confesionale româneşti, Consistorul arhidiecezan din Sibiiu răspunde la 6 Septembrie 1917, că dispoziţiunea de a statifica şcoalele confesionale dela graniţă a produs cea mai mare durere în straturile largi ale credincioşilor şi insistă a nu se lua această măsură, atât de nedreaptă şi ilegală, contra unui popor, ai cărui fii îşi jertfesc viaţa pe diferitele fronturi pentru statul maghiar.

La 19 Octombrie 1917, Apponyi răspunde, că îşi menţine dispoziţiunea luată şi numeşte câteva zile mai târziu, pe prefectul judeţului Târnava-mare, Petricsevich Horváth Emil, ca comisar guvernial pentru regularea chestiunei şcoalelor române greco-orientale şi greco-catolice din teritoriile dela frontieră.

Acest delegat al guvernului ungar trimite următoarea adresă Consistorului arhidiecezan, din care extragem pasagiile importante:

Şcoalele primare greco-ortodoxe şi greco-catolice din ţinutul acesta se vor statifica, respective dela aceste şcoale se va retrage ajutorul de stat...

În şcoalele de stat din nou înfiinţate, limba română se va propune ca obiect, 6 ore la săptămână, în afară de studiul religiunei...

Cumpărăm sau închiriem localurile şcoalelor confesionale şi mobiliarul acelora etc.

A declarat mai departe — la 19 Novembrie 1917, comisarul guvernului, luând parte la şedinţa Consistorului arhidiecezan — că zona culturală se înfiinţează la cererea comandamentului de armată, cu aprobarea prealabilă a Maj. Sale.

Iar în 17 Decembrie 1917, Apponyi anunţă pe Metropolitul din Sibiiu, că în proiectul de buget pe 1917—18 va prevede organizarea pe teritorul zonei culturale a 1600 şcoale primare de stat şi a 800 şcoale froebeliane.

Considerând gravitatea situaţiunei, Consistorul metropolitan din Sibiiu se întruneşte la 7 Februarie 1918 şi cere Ministerului, că executarea măsurilor luate pentru statificarea învăţământului primar din teritoriile mărginaşe să se ţină în suspenzie, până se pronunţă, într'o chestiune aşa de importantă, aşa de capitală şi Sinodul arhidiecezan, convocat pe ziua de 12 Mai.

Apponyi răspunde din nou la 20 Martie, că „ajutorul de stat, de care până acum s'au bucurat şcoalele confesionale greco-ortodoxe române din comunele indicate, cu sfârşitul lunii Iunie 1918 îl încetează".

Sinodul arhidiecezan, întrunit în Sibiiu la 12 Mai, nu poate lua nici o deciziune în privinţa şcoalelor confesionale din zona culturală, căci delegatul guvernului, care nu avea nici un drept să asiste la şedinţă, dizolvă sinodul.

Zichy, care în luna Iunie înlocueşte pe Apponyi la Ministerul Instrucţiunii, îşi însuşeşte proiectul zonei culturale şi cere Mitropolitului din Sibiiu cu adresa din 6 Iunie să înlesnească delegatului aducerea la îndeplinire a deciziunilor; iar Ministerul de comerţ, în luna August, în conformitate cu cererea Ministerului de culte şi instrucţie „admite cererea de expropriere a tuturor imobilelor şcolare din satele şi oraşele de pe teritorul sudestic al ţărei, din 507 comune. „În cele 507 comune, şcoalele cari se expropriau erau cele confesionale, greco-ortodoxe, greco-catolice, grăniţereşti şi comunale.

Însă cu toate măsurile luate de guvern, zona culturală nu a putut fi înfăptuită în întregime, căci învăţătorii trecuţi la stat au fost demişi de confesiuni, iar şcoalele confesionale închise. Cu prăbuşirea frontului, s'a prăbuşit şi zona culturală.

Când totul era pierdut şi armatele austro-ungare în debandadă, prevestiau ziua liberării naţionalităţilor de sub jugul secular al Habsburgilor, atunci guvernul unguresc, pentru a-i atrage pe Români, prin Ministrul Instrucţiunii Lovászy, revocă statificarea şcoalelor la graniţă.

Astfel s'a terminat cu zona culturală, menită — în spiritul guvernului unguresc — să distrugă şcoala românească, să maghiarizeze poporul român.

2. *Învăţământul românesc în Ungaria şi în România în anul şcolar 1913/14.*

A) *Învăţământul primar.*

În Ungaria au funcţionat şcoli cu drept de publicitate cu limbă de predare română:

1. *Greco-catolice române* în 1911 (vezi: O. Ghibu. Şcoala românească. Bucureşti, 1915. Pag. 37):

Pe teritorul consistorului arhidiecezan din	Blaj	469 şcoli
„ „ episcopal din	Gherla	413 „
„ „ „ „	Lugoj	72 „
„ „ „ „	Oradea-Mare	175 „
	Total	1129 şcoli

româneşti cu drept de publicitate.

2. *Greco-orientale române* în 1913/14 (vezi: Protocolul Congresului Naţional Bisericesc din Sibiiu 1916, VII. $^{13}/_{30}$, Sibiiu 1927, pag. 152):

Arhidieceza Transilvaniei	652 şcoli
Dieceza Aradului	415 „
„ Orăzii-Mari	299 „
„ Caransebeşului	274 „
Total	1640 şcoli româneşti

cu drept de publicitate.

3. *Şcoli comunale* (vezi: O. Ghibu. Şcoala românească. Bucureşti, 1915. Pag. 36): Din totalul şcoalelor comunale de 1381, au funcţionat cu limba de propunere românească 165.

Adecă în Ungaria au existat în anul scolar 1913/14 şcoli primare cu drept de publicitate şi de limbă de propunere română în număr de 2934.

În anul 1910 (vezi: Recensământul Ungariei din a. 1910,* vol. VI. Budapesta, 1920. Pag. 136): numărul locuitorilor de limbă maternă română era de 2,948.186, dintre cari rom. cat. 8442, greco-catolici 1,133.512, ref. 1409, lut. 1588, gr.-orientali 1,798.669, unit. 559, de altă confesiune 3018.

Astfel din operaţia: 2,945.186: 2934—1005 reese, *că revenea câte o şcoală românească cu drept de publicitate pe fracţiuni de locuitori cu limba maternă română în număr de 1005.*

Faţă de aceasta, numărul locuitorilor din regatul României (vezi: Anuarul Statistic al României, 1924. Bucureşti 1925, pag. 10) era în 1910 de 6,966.002, iară în anul şcolar 1913/14 (vezi Anuarul Stat. pag. 234) numărul şcolilor primare era de 4519 şcoli rurale şi 394 şcoli urbane, deci total 4913 şcoli cu drept de publicitate.

Prin urmare, operaţia se constitue astfel:

6,966.002: 4913—1418; adecă revenea pe 1418 locuitori câte o şcoală cu drept de publicitate.

*Magyarország 1910. évi népszámlálása.

Iar dacă am asemăna posibilitatea desvoltării culturale a locuitorilor greco-orientali din Ungaria cu aceea a locuitorilor din regatul României în acelaş an, adecă anul 1914, conform datelor oficiale cele mai autentice, constatăm că:

în Ungaria, conform Protocolului Congresului Naţional Bisericesc din Sibiiu la $^{17}/_{30}$ Iulie 1916 (Sibiiu, 1917):

numărul locuitorilor gr. or. din cele 4 dieceze era în anul 1914 = 1,885.173 (pag. 133),

numărul şcolilor rom. cu drept de publicitate în a. 1913 — 1914 = 1640 (pag. 152),

numărul învăţătorilor în 1913/14 era de 1994 (pag. 162).

Adecă în Ungaria revenea în general în anul şcolar 1913/14: pe fiecare fracţiune de 1149 locuitori greco-orientali români câte o şcoală românească şi pe 945 locuitori la fel câte un învăţător de confesiune greco-orientală.

În România, conform datelor statistice româneşti (Anuarul Statistic, 1924): numărul locuitorilor Vechiului Regat în 1914 era de 7,771.914, iar numărul şcoalelor rurale din acelaş an 4519, cu 6759 învăţători şi 394 şcoli urbane cu 1488 învăţători, adecă totalul făcea: 4913 şcoli cu drept de publicitate cu 8247 învăţători.

Reese deci, că în România revenea în general în anii 1913/14 pe 1582 locuitori câte o şcoală cu drept de publicitate şi pe 942 locuitori câte un învăţător.

B) *Învăţământul secundar.*

În Ungaria au funcţionat în anul 1911/12 (vezi: O. Ghibu. Viaţa şi Organizaţia Bisericească şi Şcolară. Bucureşti, 1915. Pag. 186 — 194):

4 licee şi revenea pe 721.294 locuitori români câte un liceu românesc.

6 şcoli medii (civile) şi revenea pe 490.862 locuitori câte o şcoală civilă românească.

6 şcoli normale şi revenea pe 490.862 locuitori câte o şcoală normală română.

În România au funcţionat în anii 1911/12 (vezi: Anuarul Statistic 1915/16, pag. 292):

20 licee şi astfel revenea pe 348.300 locuitori câte un liceu,

33 şcoli medii şi astfel revenea pe 211.090 locuitori câte o şcoală medie,

8 şcoli normale şi astfel revenea pe 870.750 locuitori câte o şcoală normală.

3. *Câteva date în legătură cu aşanumita «magharizare forţată.»*

A) **Nişte date privitor la limba maternă a locuitorilor şi la limba de propunere în şcoli în anul 1913.** (Pe baza tablourilor oficiale ale revizorilor şcolari reg. ung. din anul 1913).

a) Distribuţia pe judeţe a comunelor rurale din Ardealul istoric, arătându-se că: în câte comune s'a condus învăţământul în anul 1913 şi cu limba de propunere ungurească, şi în câte nu, în câte comune a fost şcoală şi în câte nu ?

JUDEŢUL	Comune totale	Comune rurale cu mai puţin decât 200 locuitori cari ştie ungureşte				Comune rurale cu mai mult decât 200 locuitori cari ştie ungureşte				Din comuna totală			
		cu şcoală şi cu limba de prop. maghiară	cu şcoală numai cu altă limbă decât cea ungurească	cu şcoală	fără şcoală	cu şcoală şi cu limba de prop. maghiară	cu şcoală numai cu altă limbă decât cea ungurească	cu şcoală	fără şcoală	au şi scoală cu limba de propunere ungurească	au numai şcoli cu limba de propunere neungurească	comune rurale cu şcoală	comune rurale fără şcoală
1. Alba de jos	175	11	112	123	7	37	7	44	1	48	119	167	8
2. B.-Năsăud	97	7	65	72	4	13	8	21	—	20	73	93	4
3. Braşov	25	—	—	—	—	13	12	25	—	13	12	25	—
4. Ciuc	61	—	—	—	—	59	1	60	1	59	1	60	1
5. Făgăraş	86	21	56	77	2	7	—	7	—	28	56	84	2
6. Treiscaune	102	—	—	—	—	100	1	101	1	100	1	101	1
7. Hunedoara	424	105	120	225	153	38	7	45	1	143	127	270	154
8. Târnava mic	116	2	56	58	4	43	8	51	3	45	64	109	7
9. Cojocna	233	16	78	94	41	89	8	97	1	105	86	191	42
10. Turda-Mur.	204	3	36	39	5	141	14	155	5	144	50	194	10
11. Târnava mar.	123	5	76	81	—	20	22	42	—	25	98	123	—
12. Sibiu	86	1	76	77	—	5	4	9	—	6	80	86	—
13. S.-Dobâca	317	22	132	154	101	60	1	61	1	82	133	215	102
14. Turda-Arieş	139	5	72	77	9	47	4	51	2	52	76	128	11
15. Odorheiu	135	3	1	4	5	120	4	124	2	123	5	128	7
Laolaltă :	2.323	201	880	1.081	331	792	101	893	18	993	981	1.974	349
În procente :	—	14.24	62.32	76.56	23.44	86.93	11.09	98.02	1.98	42.75	42.23	84.98	15.02

b) *Câteva date detailate asupra unor comune rurale privitor la limba maternă, religia locuitorilor şi şcoalele primare existente în acele comune în anul 1913.*

		Locuitorii sunt de limba maternă în 1910			Este în comună şcoală cu limba de propunere			Locuitorii după religie în 1910						
		ungur	germ.	român	ungur	germ	român	r. cat.	ref.	unit.	lut.	izr.	g. cat.	g. or.
1.	Feldioara-Földvár	247	997	1182	—	lut.	g. or.	67	100	52	1019	5	4	1244
2.	Prejmer-Prázsmár	203	2032	1528	—	lut.	„	46	132	8	2029	5	13	1588
3.	Cernat-Csemátfalu	1981	28	545	stat	—	„	164	104	3	1719	16	5	550
4.	Purcăreni-Pürkerec	1072	—	1016	stat	—	„	17	19	1	1042	—	2	1016
5.	Romuli-Romoly	90	738	982	—	—	g.cat.	87	19	—	2	721	1006	2
6.	Radna nouă-Ujradna	153	147	1885	—	—	„	86	11	1	20	157	1913	4
7.	Năsăud-Naszód	778	208	2504	stat	—	(com. (g.cat.	183	162	11	60	586	2417	82
8.	Varda de jos-Alsóváralja	86	42	509	—	—	g.or.	30	44	—	—	54	32	477
9.	Barabant-Borbánd	94	5	1156	stat	—	g.cat.	427	18	1	—	4	777	27
10.	Tiur-Tür	506	12	1202	r. cat.	—	„	418	78	—	—	12	1195	17
11.	Pauca-Pókafalva	94	430	873	stat	lut.	g. or.	4	81	2	429	8	6	867
12.	Sard-Sárd	185	4	1460	ref.	—	g.cat.	29	140	1	6	11	1568	33
13.	Ighiu-Magyarigen	348	6	1117	(stat (r.cat	—	(g.or. (g.cat	147	127	4	4	63	575	639
14.	Armeni-Örményszékes	62	10	1565	—	—	(g.or.	4	52	1	2	14	871	693
15.	Abrudsat-Abrudfalva	153	1	4619	—	—	(g.cat g. or.	105	26	17	8	1	117	4537
16.	Sarmaş-Salamás	134	32	1430	—	—	g cat.	95	1	—	4	47	1446	4
17.	Bilbor-Bélbor	188	2	1161	stat	—	„	163	3	7	—	29	1149	—
18.	Breaza-Bréáza	106	27	1133	—	—	g. or	64	19	9	6	44	86	1076
19.	Martanus-Kezdimartonos	739	—	358	stat	—	„	730	1	—	—	—	9	357
20.	Breţcu-Bereck	2087	2	1185)	stat		„	1938	88	2	10	3	5	1229
21.	Rapoltul-mare Nagyrápolt	186	3	938	stat	—	„	12	157	—	2	13	96	847
22.	Boita-Boica	191	313	714	stat	lut.*	„	480	19	3	18	—	16	684
23.	Criştior-Kristyór	631	75	1523	comp	—	„	483	76	31	28	26	175	1428
24.	Turdeş-Tordos	123	—	516	ref.	—	„	15	108	—	1	—	237	280
25.	Taratel-Cerecel	175	26	913	—	—	„	162	27	5	8	3	27	892
26.	Bazna-Bázna	33	1060	322	—	lut.	g.cat	7	27	—	1057	—	542	19
27.	Saroşul ung. Magyarsáros	845	—	402	unit.	—	„	51	111	681	—	10	448	5
28.	Pancea-Pócstelke	101	95	420	ref.	lut.	g. or.	6	94	5	92	5	—	419
29.	Agristeu-Egrestő	504	—	197	r. cat.	—	g.cat	245	244	2	—	24	210	6
30.	Sard-Küküllősárd	238	—	305	stat	—	g. or.	11	86	150	—	4	5	318
31.	Nadaşul sas.-Szászndas	147	908	366	—	lut.	„	68	39	19	907	14	15	457
32.	Ticmandru-Cikmantor	42	780	268	—	„	g.cat	22	10	5	773	—	264	16
33.	Proşteu mare Nagyekemező	17	1071	262	—	„	„	6	6	—	1079	—	491	38
34.	Ciucea-Csucsa	437	12	1543	stat	—	„	84	153	2	7	183	1539	33

* Laolaltă 10 elevi !

		Locuitorii sunt de limba maternă în 1910			Este în comună şcoală cu limba de propunere			Locuitorii după religie în 1910						
		ungur	germ.	român	ungur	germ.	român	r. cat.	ref.	unit.	lut.	izr.	g. cat.	g. or.
35.	Jucul de jos-Alsózsuk	127	4	828	—	—	g.cat.	23	85	7	4	9	822	9
36.	Borsa nouă-Borsaújfalu	78	3	855	—	—	„	3	51	—	2	31	848	1
37.	Suceag-Szucság	777	—	413	stat	—	„	23	737	1	—	14	413	2
38.	Ida-Kolozsnagyida	134	179	552	„	lut.	g. or.	35	177	3	183	38	54	644
39.	Logig-Ludvég	239	160	571	„	„	g.cat.	63	168	1	156	10	573	—
40.	Teaca-Teke	641	1067	672	(r.cat (ref.	„	„	433	388	1	1007	90	671	14
41.	Nazna-Náznánfalva	181	—	394	—	—	g. or.	51	105	11	—	14	16	378
42.	Ungheni-Nyárádtő	321	—	757	stat	—	g. cat.	150	124	—	3	20	873	1
43.	Cevas- Mezőcsávás	608	2	490	ref.	—	„	5	598	3	1	5	496	—
44.	Sângeorgiu-Padur Erdőszentgyörgy	2179	20	351	stat	—	g. or.	106	1328	29	11	218	19	860
45.	Ibanesti-Libánfalva	163	21	3320	—	—	(g.cat (g.or.	63	25	2	6	91	652	2714
46.	Filpişul-mare Magyarfülpös	383	16	367	stat	—	g.cat.	20	384	—	1	16	415	3
47.	Suseni-Marosfelfalu	762	6	345	ref.	—	„	67	773	5	2	20	346	15
48.	Deda-Déda	361	88	1986	—	—	g. or.	140	170	1	5	123	39	2013
49.	Homorod-Homoród	185	679	377	stat	lut.	g. cat.	108	73	21	663	2	603	20
50.	Cohalm-Kőhalom	425	1230	975	„	„	(g.cat. (g.or.	142	207	93	1187	23	705	584
51.	Cata-Kaca	164	587	380	—	„	g.or.	21	84	52	588	3	7	588
52.	Buia-Bólya	251	204	873	stat	„	g.cat.	189	57	1	194	14	856	18
53.	Boarta-Mihályfalva	135	111	490	„	„	„	12	108	7	109	8	469	23
54.	Şeica mare-Nagyselyk	166	646	846	„	„	(g.cat. (g.or.	29	95	15	636	29	445	404
55.	Selistat-Boldogváros	2	347	245	—	„	g. or.	—	2	—	347	—	1	313
56.	Talmaciu-Nagytalmács	183	760	224	—	„	„	229	62	29	696	1	117	150
57.	Mercurea-Szerdahely	144	918	980	r.cat.	„	„	129	41	9	884	2	26	964
58.	Lac-Feketelak	465	—	326	stat	—	g.cat	6	476	—	—	9	329	—
59.	Feldioara-Melegföldvár	451	—	479	ref.	—	„	25	400	1	—	14	498	3
60.	Câmpeni-Topánfalva	219	30	2692	stat	—	(g.cat (g.or.	141	64	11	16	13	740	1982
61.	Poiana de tries Aranyospolyán	710	—	407	„	—	g.cat.	22	659	20	1	8	427	19
62.	Drauseni-Homoród-daróc	85	638	265	—	lut.	g.or.	11	30	41	639	5	—	332
63.	Archita-Erked	122	607	324	—	„	„	20	66	33	606	2	—	543
64.	Beia-Homoródbene	90	493	194	—	„	„	6	60	7	499	12	2	371
65.	Nadab-Nadap	262	29	2017	—	—	„	139	136	—	10	6	6	2004
66.	Simandul de sus-Felsősimánd	212	80	1680	—	—	g.cat.	240	19	—	26	16	441	1231
67.	Chet-Magyarkécz	643	2	411	ref.	—	„	73	471	—	—	14	486	13
68.	Seceni-Kisszécsény	201	3	202	—	—	com.	81	123	—	—	—	—	202
69.	Prilog-Rózsapallag	132	1	617	—	—	g.cat.	18	44	—	—	36	652	—

	Locuitorii sunt de limba maternă în 1910			Este în comună şcoală cu limba de propunere			Locuitorii după religie în 1910						
	ungur	germ.	român	ungur	germ.	român	r. cat.	ref.	unit.	lut.	izr.	g. cat.	g. or.
70. Asuajul de sus Felsőszivágy	149	1	1447	—	—	g.cat.	32	48	—	—	65	1452	—
71. Pir-Szilágypér	1943	4	247	ref.	—	„	146	1356	—	1	188	500	—
72. Supurul de sus Felsőszopor	182	—	928	izr.	—	„	24	40	—	—	108	938	—
73. Boianul-mare Tasnádbajom	253	22	1010	—	—	„	138	144	—	4	22	1093	—
74. Munariu-Munár	105	15	291	—	—	g. or.	110	1	—	5	3	—	514
75. Izvin-Őszény	140	26	1397	—	—	„	125	25	—	6	8	125	1323
76. Carani-Mercyfalva	86	1304	91	—	r. cat.	—	1367	21	1	10	—	17	75
77. Chetfel-Kétfél	43	311	85	—	com.	—	345	2	2	1	14	16	1288
78. Bulgaruş-Bogáros	75	2462	45	—	r. cat.	—	2571	13	—	9	1	17	29
79. Foeni-Fény	249	45	1232	—	—	g. or.	275	16	—	—	4	—	1742
80. Bobda-Papd	106	248	787	—	r. cat.	„	337	13	—	4	3	1	824

B) **Distribuţia locuitorilor din Ungaria după religie şi naţionalitate până la 1910.**

Pe baza Recensământului ţărilor Coroanei Sfântului Stefan
(a Magyar szent korona országainak 1910. évi népszámlálása)
din anul 1910, partea VI-a, Budapest, 1920.

a) Limba maternă şi cunoştinţele de limbi ale confesiunilor.

	Erau de limba maternă maghiară				Nu ştiu decât ungureşte în anul 1910	
	în numere absolute		în %			
	1900	1910	1900	1910	în Ardeal	în Ungaria întreagă
Rom. cat.	4,960.079	5,836.728	60.50	64.78	74.5	52.6
Grec. cat.	246.728	304.318	13.89	15.16	2.0	10.5
Reformaţi	2,384.382	2,562.362	98.24	98.42	71.6	89.6
Lutherani	359.475	417.020	28.56	31.92	6.0	19.2
Gr. orient.	31.833	40.584	1.45	1.74	1.0	0.9
Unitari	67.924	73.248	99.09	98.61	83.5	82.3
Izraeliţi	594.451	700.794	71.52	76.89	23.6	30.2
Alţi	6.947	9 602	47.07	55.02	—	—
Total :	8,651.819	9,944.656	51.38	54.46	25.2	43.3

b) *Limba maternă a naţionalităţilor.*

	Nu vorbesc decât în limba maternă în anul 1910		Ştiu şi ungureşte					
			în Ardeal			în ţara întreagă		
	în Ardeal	în ţara întreagă	1890	1900	1910	1890	1900	1910
Unguri	73.4	79.4	—	—	—	—	—	—
Germani	31.5	46.7	23.8	26.9	34.0	25.1	31.0	39.8
Români	87.6	85.7	6.8	8.0	11.8	6.9	8.8	12.7
Slovaci	22.6	75.6	36.3	47.8	70.0	12.0	15.1	21.4
Ruteni	42.1	82.6	13.7	25.7	33.0	7.8	8.4	14.0
Croaţi	32.9	51.8	12.5	15.3	40.9	16.5	22.5	30.8
Sârbi	—	75.2	—	—	—	11.1	11.6	16.6
Alţi	16.9	40.8	25.6	26.6	23.4	21.4	26.5	31.4

c) *Cunostinţă de limba reciprocă a naţionalităţilor în anul 1910* (Pag. 85).

Unguri ştiu	nemţeşte	1,254.411	sau	12.6%
„	slovăceşte	547.136	„	5.5 „
„	româneşte	400.096	„	4.4 „
„	croat-sârbeşte	178.508	„	1.8 „
„	ruteneşte	49.841	„	0.5 „
Germani ştiu	ungureşte	756.971	sau	39.8%
„	slovăceşte	117.737	„	6.2 „
„	româneşte	248.710	„	13.1 „
„	croat-sârbeşte	101.258	„	5.3 „
„	ruteneşte	39.479	„	2.1„
Români ştiu	ungureşte	373.822	sau	12.7%
„	nemţeşte	60.479	„	2.1 „
„	slovăceşte	1.822	„	0.1 „
„	croat-sârbeşte	23.617	„	0.8 „
„	ruteneşte	1.623	„	0.0 „

d) *Lăţirea limbilor în 1910* (Pag. 161).

	Ştiu din întreaga populaţie	
	în Ardeal	în întreagă ţara
Ungureşte	1,185.080	11,820.416
Nemţeste	335.238	3,441.681
Slovăceşte	7.879	2,658.745
Româneşte	1,853.422	3,715.462
Ruteneşte	2.911	558.946
Croat-sârbeşte	4.510	1,089.925

e) *Proporţia cunoştinţei de scris şi cetit după confesiuni şi naţionalităţi în anul 1910.* (Pag. 179).

	Ştiu scrie şi ceti mai sus de 6 ani		
După religie:	bărbaţi	femei	individ.
1. Rom. cat.	80.2	71.7	75.9
2. Greco cat.	39.0	27.4	33.2
3. Reformaţi	83.6	77.0	80.3
4. Lutherani	88.9	83.0	85.9
5. Greco-orient.	50.2	32.4	41.4
6. Unitari	80.1	66.9	73.6
7. Izraeliţi	90.1	83.5	86.7
8. Alţi	80.1	66.4	73.2
Total	73.4	64.1	68.7
După limba maternă:			
1. Unguri	83.0	75.7	79.3
2. Germani	86.1	78.9	82.4
3. Slovaci	75.7	64.5	69.7
4. Români	41.4	24.7	33.1
5. Ruteni	31.9	23.1	27.3
6. Croaţi	78.2	69.4	73.9
7. Sârbi	66.8	52.4	59.8
8. Alţi	56.1	47.8	52.0
Laolaltă	73.4	64.1	68.7

4. *Statistică despre naţionalitatea locuitorilor din Ardeal dela 1910 până la 1923.*

Conform datelor recensământului unguresc din 1910 şi după datele cuprinse în Buletinul Statistic al României Nr. 1. din 1925, comunicată de către Direcţiunea Generală a Statisticei, Bucureşti 1925, pag. 110; după Dicţionarul Transilvaniei, Cluj 1921 şi Anuarul Statistic al României 1922. Bucureşti 1923.

	Conform datelor		
	ungureşti	românești	
	1910	1920	1923
Cu limba maternă :			
maghiară	1,660.488	1,305.777	1,357.442
evreiască	—	181.340	203.191
română	2,824.177	2,930.122	3,232.806
germană	553.902	534.417	557.683
alta	203.557	161.568	136.844
Total:	5,242.124	5,113.224	5,487.966

Das erste Dezennium des ungarischen Unterrichtswesens in Rumänien von 1918 - 1928.

(Zweiter Bericht.)

II. Die Schulpolitik gegen die Kultur des Ungartums nach dem Friedensschluss von Trianon.

Nach der Ratifikation des Friedensvertrages (26 Juli 1921) hörte man immer verwegenere Stimmen aus dem Kreise der Regierung, dass die Punkte des internationalen Minderheitsabkommens vom 9-ten Dezember 1919 Rumänien nur soweit verpflichten, als diese die Souveränität des Landes nicht berühren. Die Minderheiten besitzen kein Recht auf Privilegien, weil dies dem Prinzipe der Gleichheit des Staatsbürgertums entgegengesetzt wäre.

Mit dem Schuljahre 1921/22 hat sich die Lage der Schulen des Ungartums noch verschlimmert. Der erste Schritt des damals gebildeten „Ungarischen Bundes" (Magyar Szövetség) war mittels eines Memorandums sich in Angelegenheit der Verletzungen der Schulen an die Regierung zu wenden, in welchem er die ungarische Schulpolitik der rumänischen gegenüberstellte. Auf dieses Memorandum reagierte Oktavian Goga schon als Minister im Wege des Rumänischen Telegraphenbureaus (Keleti Ujság vom 29. IX. 1921), indem er erklärte:

„Im Interesse der Ruhe des Landes und besonders des in den angeschlossenen Gebieten lebenden Ungartums wäre es sehr gut, möglichst wenig über die Regierungsweise des alten Budapester Regimes zu sprechen. Die Schulpolitik des alten Ungarns ist für uns gleichbedeutend mit dem bekannten Apponyi-schen Gesetze, welches keine einzige rumänische Regierung jemals anwenden wird, da sie damit nur an dem ungarischen Volke Rache nehmen würde. Die Methoden der Budapester Politik finden bei uns kein Verständnis. Die *Reife* der rumänischen Politik weist diese zurück."

Diese grossprecherische Erklärung beruhigte das Ungartum nicht, da die Schliessung der Schulen begann und die prinzipiell zugesagten (für die rumänischen und deutschen konfessionellen Schulen seit 1919 ständig flüssig gemachten) staat-

lichen Schulsubventionen auch nicht flüssig gemacht wurden, (nein, nicht einmal im Jahre 1928!) Die Presse der ungarischen Minderheit begann schon mit Besorgnis zu erwähnen, dass die Regierung die konfessionellen Schulen zu Privatschulen herabsetzen will. Die rumänische Regierung protestierte sogleich gegen diese Voraussetzung und bemühte sich durch die rumänische Presse das Ungartum zu beruhigen resp. irrezuführen.

„Wir glauben — schreibt die „Patria" (16. XI. 1922) — dass die Erbitterung der ungarischen Presse verfrüht, sogar grundlos ist; in Grossrumänien kann niemand die Absicht haben die Unterrichtsfreiheit zu beschränken, noch viel weniger, dieselbe unter die Schulfreiheit des alten Ungarn herabzudrücken". Nun hat aber die Regierung in Ungarn die konfessionellen Schulen nicht auf das Niveau der Privatschulen herabgesetzt und die Staatsgiltigkeit der an denselben erworbenen Diplome anerkannt.

Mit derselben Frage befasst sich Dr. Octav Prie, kürzlich noch Staatssekretär für Unterrichtswesen, im „Indreptarea" (26 — 29 VII. 1922) unter dem Titel „die Angelegenheit des Minderheits- und konfessionellen Unterrichtes". Wenn — schreibt er — der rumänische Staat sich verpflichtet, dass er die Kultur andere. Völker in den durch ihn erhaltenen Schulen und in der Sprache der betreffenden Völker pflegt: ist es logisch, dass er die Angelegenheit der Unterstützung der konfessionellen Schulen in Erwägung zieht; ob es wohl zweckdienlich und nicht eine überflüssige Belastung des Staatsbudgets ist, die Kosten dieser Schulen zweiter Kategorie zu tragen? Die Subventionierung der konfessionellen Schulen im rumänischen Staate wäre nur in dem einzigen Falle zu gestatten, wenn der rumänische Staat in sämtlichen staatlichen Schulen die rumänische Unterrichtssprache einführen würde, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben sich auf székler oder deutschem Sprachgebiet befinden; wenn der rumänische Staat — mutatis mutandis — sämtliche auf die konfessionellen Schulen bezüglichen Gesetze, Verordnungen und Verfügungen des ungarischen Staates anwenden würde. Dies ist jedoch in Rumänien unmöglich, da der Zweck alldieser Gesetze die Entnationalisierung und gewaltsame Magyarisierung der anderen Völker war. Eine derartige, brutal unterjochende Methode kann in Rumänien nicht eingebürgert werden, da sie überflüssig und auch dem Staate gefährlich ist. Die staatlich

subventionierte Unterrichtspolitik ist in Siebenbürgen undurchführbar und mit Rücksicht auf die grosse Zahl der konfessionellen Schulen auch gar nicht zu gestatten. Es gibt keinen anderen Ausweg aus diesem Chaos, als den Grundsatz auszusprechen, dass der rumänische Staat für den Unterricht seiner Staatsbürger durch staatliche Schulen sorgt, unter Berücksichtigung ihrer gerechten Ansprüche.

Auch Dr. C. Anghelescu, Unterrichtsminister der liberalen Regierung verkündete dem Ungartum noch vor den Wahlen im Jahre 1922 zu Beginn seiner ersten Ministerschaft, dass er nicht nur nicht gestatte die ungarischen Schulen zu verfolgen, sondern im Gegenteil darauf bedacht sein wird, dass es den siebenbürgischen konfessionellen Schulen noch besser ergehe als dies unter der ungarischen Ära der Fall war. „Ich dulde es nicht — erklärte er — dass was immer für eine Verwaltungs- oder untergeordnete Schulbehörde ungesetzlich mit Ihren Schulen verfahre und unbefugterweise sich in Ihre Angelegenheiten menge. Jede Ungerechtigkeit werde ich streng bestrafen, hierzu ist es jedoch nötig, dass Sie Vertrauen zu mir haben. Wenden Sie sich mit jeder Beschwerde sofort und direkt an mich". (Brassói Lapok, 8. XII. 1923).

Trotz dieser klangvollen und vielversprechenden Erklärung bedeutet das erste Jahr von Anghelescu's Ministerschaft, das Schuljahr 1922/23 einen Wendepunkt in der Minderheitspolitik Rumäniens. Bisher änderte sich die Minderheitspolitik der regierenden Faktoren nahezu mit jeder Persönlichkeit. Niemand wagte aus inner- und aussenpolitischen Gründen einen bestimmten entscheidenden Schritt zu unternehmen.

Im Frühling des Jahres 1922 übernahm Jon Bratianu die Regierung an der Spitze der liberalen Partei, welche eben wegen dem Minderheitsvertrag im Jahre 1919 abgedankt hatte, und anstatt deren die Regierung von Alexander Vaida-Voevod die Unterzeichnung des Pariser Minderheitsübereinkommens übernommen hatte (9. XII. 1919).

Die liberale Partei und deren Führer, welche keine aussenpolitischen Verwicklungen mehr zu befürchten hatten wegen Nichteinhaltung des einen oder anderen Punktes des Friedensvertrages, begannen in ihrer Presse einen vehementen Feldzug gegen den Minderheitsvertrag, gegen die Minderheiten, insbesondere gegen das Ungartum. „Wer die Minderheitsrechte ver-

kündet — so sprach sie zur Allgemeinheit — der wünscht Privilegien, was jedoch gegen das Prinzip der bürgerlichen Gleichheit ist; wer Minderheitsrechte fordert, der greift die Integrität der rumänischen Nation an, ist Irredent, Kommunist, nährt den in den Körper der Nation geschmuggelten Wurm (Minderheiten), usw. usw." Die Presse der Regierung erhitzte den nahezu rasenden nationalen Chauvinismus zu einem so hohen Grade, dass es eine wahre Selbstaufopferung erforderte, zur Minderheit zu gehören, insbesondere aber Ungar zu sein. Weder die öffentliche Meinung, noch die Behörden duldeten irgendwelche Lebensäusserung der Minderheiten.

In dem die Verfassung grundlegenden Reichstag des Frühlings vom Jahre 1923 konnten nicht einmal die durch die internationalen Verträge bestimmten Begriffe „konfessionelle, Rassen- und sprachliche Minderheiten" und „Staatsbürger" in der neuen Verfassung Aufnahme finden, geschweige denn, dass die laut Vertrag proklamierten Minderheitsrechte darin aufgenommen worden wären. Die neue Verfassung vom Jahre 1923 sprach offen aus, dass Rumänien ein einheitlicher nationaler Staat sei und darin nur die Rumänen „ohne Rücksicht auf Rassen-, sprachliche oder konfessionelle Unterschiede" die Gewissenfreiheit wie auch sämtliche durch die Gesetze bestimmten Freiheiten und Rechte geniessen.

Auf dem Gebiete des Unterrichtes begann sich alsobald die Wirkung der neuen, offen und bewusst zerstörenden chauvinistischen Richtung fühlbar zu machen. Der neue Unterrichtsminister, Dr. C. Anghelescu, erliess auch an die Unterrichts-Verwaltungsbehörden — mit welchen er die geheimen vertraulichen Konferenzen einführte — die patriotische Weisung, dass ein jeder, der auf rumänischem Boden lebt, möglichst bald Rumäne werden muss, zumindest sprachlich. Und da er für die Zukunft seines Vaterlandes am meisten von den Ungarn befürchtete, konnte er einem Jeden jegliche Machtüberhebung, Gewalttat, Ungerechtigkeit, Gesetzlosigkeit und Brutalität verzeihen, wenn diese in ihrem Ziele und Resultate dem Ungartum in seinem Ganzen oder wenigstens einzelnen Mitgliedern desselben schadete.

Unterrichtsminister Anghelescu ist von solch' hochgradigem, blinden Hass erfüllt gegen den (nach ihm) ewigen Feind der Rumänen, das Ungartum, dass er deshalb sich auch selbst solche

Dinge erlaubt, welche der menschlichen Ethik entgegengesetzt sind. Er fühlt häufig einen krankhaften Genuss, wenn er, sich als Ungarn bekennende Personen mit zahlreicher Familie (Lehrer, Professoren) unter offenkundigem, lügenhaften Vorwand ihres Brotes berauben kann, wenn er sie vor ihren Rassenbrüdern als Verräter hinstellen kann, wenn er ihnen qualvolle Leiden verursachen kann, als ob sein zerrüttetes Nervensystem täglich diese ungarischen Folterungen verlangen würde...

Hier einige Fälle aus den, während der langen Zeit seiner Ministerschaft herausgegebenen Verfügungen:

— Das Lehrpersonal der konfessionellen (verstehe ungarischen!) Schulen kann auf der Eisenbahn nicht mit halber Karte reisen.

— Auch in den ungarischen konfessionellen Schulen kann die ungarische Sprache nicht unter die Gegenstände der Absolvierungs- (Schluss-) Prüfung aufgenommen werden.

— Die ungarischen konfessionellen Schulen können keine Staatsunterstützung bekommen. (Die rumänischen, sächsichen, schwäbischen und mohammedanischen Schulen bekommen dieselbe vom Beginn an).

— Der Staat anerkennt die Pensionsansprüche der ungarischen konfessionellen Lehrer und Professoren nicht. (Anderen Nationalitäten angehörenden gegenüber ja.)

— Die ungarischen Lehrer und Professoren müssen aus der rumänischen Sprache, Verfassungslehre, der Geographie und Geschichte Rumäniens in der rumänischen Sprache geprüft werden (diese Prüfungen forderte er nicht von den angeschlossenen Rumänen und von den Sachsen nur aus der rumänischen Sprache!).

— Mit der Begründung, dass die in den Staatsdienst übergegangenen, oft nur hinübergelockten Lehrer und Professoren bei der Prüfung in der rumänischen Sprache nicht entsprochen haben, entliess er sie häufig zu hunderten aus dem Dienste ohne jedwede Versorgung, sie und ihre unschuldigen Kinder dem grössten Elend preisgebend.

— Die ungarischen konfessionellen Lehrer und Professoren mussten ihre Diplome nostrifizieren lassen, während ihre, ebensolche Diplome besitzenden rumänischen und sächsichen Kollegen dies nicht tun mussten.

— Der Unterrichtsminister verfügt die Schliessung der sämt-

lichen ungarischen Kindergärten in den ungarischen Grenzstädten: Nagyvárad, Nagyszalonta, Nagykároly, Szatmár, Mármarossziget, ferner in Arad und Temesvár. (Verordnungen No. 7707/923 und 61.770/923).

— Die ungarischen Bücher der Bibliotheken der Jugend und der Professoren von den staatlichen ungarichen Schulen sind zu vernichten und die wertvolleren Exemplare der rumänischen Akademie der Wissenschaften einzusenden.

— Vom Schuljahr 1923 24 an sind in den staatlichen ungarischen Schulen die rumänische Sprache, Geschichte, Geographie, Verfassungslehre, Rechnen und die französische Sprache rumänisch zu unterrichten.

— Er verfügt die vollständige Ausmerzung der ungarischen Sprache aus den israelitischen Elementarschulen ab 1. September 1923.

— In Temesvár musste vom Schuljahr 1923/24 an in dem röm. katholischen Knaben- und Mädchenlyceum, in der städtischen höheren Handelsschule, im jüdischen Lyceum und in der oberen Handelsschule die ungarische Unterrichtssprache durch die rumänische ersetzt werden.

— In jeder Ordens-, Nonnen-, Gemeinde- oder Vereinsmittelschule darf vom 1-ten September 1923 ab in der ersten Klasse nur in rumänischer Sprache unterrichtet werden. (10.595/923).

— In den ungarischen konfessionellen Lyceen darf bei der Absolvierungs- (Schluss-) Prüfung der VIII. Klasse die ungarische Sprache weder bei der mündlichen, noch bei der schriftlichen Prüfung angewendet werden. (58.886/924).

— Die ungarischen konfessionellen Schulen dürfen keine Schüler anderen Glaubens aufnehmen.

— Den Unterricht der englischen Sprache verbot er in den ungarischen konfessionellen Schulen.

— Er verordnet die Erziehung von zwei reformierten Schülern in der griechisch-katholischen Religion (Verordnung No. 80.748/923).

— Privatschüler dürfen in konfessionellen Schulen keine Prüfung ablegen.

— Die Professoren der ungarischen Mittelschulen können bei Mobilisierung nicht vom Militärdienst befreit werden, da sie nicht unentbehrlich sind.

— An ungarischen konfessionellen Schulen können nur solche gesetzlich befähigte Lehrer und Professoren angestellt werden, zu deren Ernennung der Minister *vorher* seine Zustimmung erteilt hat.

— Die „Berichte" der ungarischen konfessionellen Schulen sind in rumänischer Sprache herauszugeben, danach kann dies auch in der Sprache der Schule geschehen. Der Text der Berichte unterliegt einer vorherigen behördlichen Zensur.

— Die Koedukation wird in den ungarischen konfessionellen Schulen streng verboten, ebenso dass in den Mädchenschulen männliche Direktoren seien. (Verordnung No. 66.962/923).[1]

— Die Professoren des einen reformierten Kollegiums erhielten eine ministerielle Rüge, weil die Schüler auf einem Ausfluge unterwegs auch „ungarische Lieder" gesungen hatten.

— In der reformierten Schule dürfen nur reformierte, in die katholische Schule nur katholische Schüler aufgenommen werden. Andersgläubige Schüler dürfen nur mit ministerieller Erlaubnis eingeschrieben werden.

— In den ungarischen konfessionellen Schulen ist die Anstellung eines andergläubigen Lehrers oder Professors nicht gestattet.

Über die Art der lawinenartig einsetzenden Schliessungen der Schulen folgt hier eine Verordnung in wortgetreuer deutscher Übersetzung:

„Von der Oberdirektion des Kronstädter Schulbezirkes. No. 2642—1923.

Wir beehren uns mitzuteilen, dass der Herr Minister mit Verordnung No. 90.127— 1923 verfügt hat, dass die in den nachfolgenden Gemeiden befindlichen konfessionellen Schulen sofort zu schliessen sind: Eresztevény, Maksa, Dálnok, Kézdimárkos-

[1] Mit der Begründung, dass die rumänischen Gesetze die Koedukation in den Mittelschulen nicht gestatten, verbot der Unterrichtsminister im Jahre 1923 dieselbe streng in den ungarischen Minderheitsschulen. Jedoch in der durch denselben Minister herausgegebenen amtlichen Ausgabe „Anuarul Înv. Secundar în România 1924/25 Bucureşti 1925" zählt der Herr Minister genau 50 staatliche „gemischte" Mittelschulen und Lyceen auf, von welchen zwei stolz den Namen des Herrn Ministers Dr C. Anghelescu tragen. An derselben Stelle zählt der Herr Minister noch 31 staatliche Mittelschulen auf, in welchen noch nach zwei Jahren Männer als Direktoren sind, obgleich die rumänischen Gesetze dies — nach ihm — bei den Ungarn der Minderheit, strenge verbieten.

falva, Albis, Alsócsernáton, Felsőcsernáton, Zabola, Kovászna, Páké, Barátos, Cófalva, Bita, Sepsiszentgyörgy, Réty. Den Kirchengemeinden aber ist das Recht zu nehmen, in den obgenannten Gemeinden Schulen zu erhalten".

— Reformierte Dorfschulen liess der Minister deshalb schliessen, weil sie auch unitarische, römisch katholische und israelitische Schüler aufgenommen hatten.

— In einzelnen Gemeinden hat die örtliche Behörde einfach die Lokalitäten der konfessionellen Schule für andere Zwecke requiriert, häufig für die Zwecke der staatlichen Schule.

— Eine ungarische konfessionelle Schule wurde geschlossen, weil der Seelsorger anstatt des fehlenden Lehrers Unterricht erteilte.

— In den ungarischen konfessionellen Schulen muss ausser der rumänischen Sprache und Literatur noch die Geographie, Geschichte und Verfassungslehre von Rumänien ausschliesslich in der rumänischen Sprache unterrichtet werden, sowohl in den Mittelschulen als auch in den Elementarschulen (Verordnungen No. 100.088 und 100.090/1923).

— Vom Kindergarten aufwärts muss in allen Schulen der Minderheiten die rumänische Sprache unterrichtet werden.

— Während die Deputation der ungarischen Mütter vor der Königin erschien und ihr die von 40.000 ungarischen Müttern unterschriebene Bittschrift überreichte, ihre Kinder nicht ihrer Muttersprache zu berauben, verfügte der Unterrichtsminister am selben Tage, ohne ein einziges Wort der Begründung, die gleichzeitige Schliessung von elf ungarischen Schulen im Komitate Háromszék.

In dieser Weise löste der rumänische Unterrichtsminister Anghelescu sein, dem Ungartum im Jahre 1922 freiwillig gegebenes Versprechen ein. Dieser kranke Mann verfuhr mit solch' teuflischer Grausamkeit mit den ungarischen Schulen, dass König Ferdinand im Herbst des Jahres 1923 (15. XI.) am Arader Bahnhof die sanfte Mahnung an die Behörden richtete: „Behandeln Sie die Minderheiten verständnisvoll, und bewahren Sie besonders in der Schulfrage eine konziliante Haltung".

Unterrichtsminister Dr. C. Anghelescu überflutete Siebenbürgen mit einer Schar von Schulinspektoren und Kontrolloren, welche um ihrem Despoten zu gefallen, auf einen Wink desselben binnen 24 Stunden in 10—20 ungarischen konfessionellen Ele-

mentarschulen den Unterricht einstellten und wenigstens ebensoviele Lehrer brodlos machten. Auf einen Wink wurden die Tore von Mittelschulen und Kollegien, welche auf eine 300—400-jährige Vergangenheit zurückblickten, geschlossen und es war noch günstig, wenn man den Besitzern die leeren Gebäude belassen hat. (Auch darin lag nichts Gutes. Das uralte reformierte Kollegium in Szászváros wurde von der Regierung unter verschiedenen Vorwänden geschlossen und sie wollte auch das Gebäude — mit dem Rechte des Stärkeren — wegnehmen. Diese Angelegenheit gelangte auch vor den Völkerbund, worauf die Regierung mit dem Eigentümer, der Kirchengemeinde, zu verhandeln begann. Das auf mehr als 40 Millionen Lei bewertete Immobil wurde von der Regierung schliesslich für acht Millionen Lei und der Erteilung der Konzession gekauft, dass sie gestatten werde, dass in Szászváros eine reformierte Elementarschule und ein Waisenhaus errichtet wird, in welche dann auch Kinder aus entlegeneren Gegenden aufgenommen werden können).

Die, die Schulen massregeluden, rügenden und dieselben ihres Öffentlichkeitsrechtes beraubenden Verfügungen folgten einander. Es schwindelte den Führern der ungarischen Schulen erhaltenden Kirchengemeinden schon von den fortwährenden Aufregungen — als Minister Anghelescu allergnädigst erklärte, dass auch er es nötig erachtete, in Angelegenheit der Administration der Schulen eine Einheitlichkeit zu schaffen, denn wie er sagte, wende er nicht gerne die ungarischen Schulgesetze an, denn wenn er diese streng anwendete, dann würde keine einzige ungarische Schule mehr übrig bleiben. Die bösen Ratgeber dieses Mannes machten ihn glauben, dass seine haarsträubenden Verfügungen die gemilderte Anwendung der noch giltigen ungarischen Gesetze seien. Sein erster Sachverständiger und gleichzeitig böser Geist, Dr. Alexander Pteancu, der unter der ungarischen Herrschaft Professor am Obergymnasium der rumänischen Stiftung in Belényes war, gestand und elklärte öffentlich (Mureşul, 22. IV. 1923): „Die rumänische Herrschaft musste kommen, damit der Unterricht hier auf europäisches Niveau gebracht werde, denn der Zweck der Budapester ungarischen Regierungen war nicht die Aufklärung des Volkes, sondern dessen Verdummung, insbesondere was das rumänische Volk anbelangt".

Mit Hilfe von solchen, als vollkommen objektiv anerkannten Sachverständigen bereitete Minister Anghelescu auch bald seine,

die Einheitlichkeit des rumänischen Unterrichtswesens bezweckenden Gesetzvorlagen vor.

Seine erste Schöpfung war der Gesetzentwurf betreffend den staatlichen Elementarunterricht, welcher am 26. Juli 1924 Gesetz wurde. Dieses errichtet die siebenklassige Elementarschule mit einer Gliederung von vier unteren und drei oberen Klassen, in welchen oberen Klassen nur die rumänische Unterrichtssprache gestattet ist. Die untere Gliederung kann auch in nichtrumänischer Unterrichtssprache gehalten sein. Bezüglich der Staatsschulen mit ungarischer Unterrichtssprache hat Unterrichtsminister Anghelescu selbst verfügt, dass vom Schuljahr 1923/24 ab ausser der rumänischen Sprache die Geschichte, Geographie und Verfassungslehre in allen Klassen in der rumänischen Sprache unterrichtet werden muss.

Ansonsten ist weder in dem Gesetz, noch in den Durchführungsbestimmungen ein Hinweis darauf vorhanden, dass die Lehrer der sogenannten Minderheitsschulen die Unterrichtssprache der betreffenden Schule beherrschen müssen. Wie es auch in der Tat hunderte solcher staatlicher Schulen der Minderheiten gibt, welche nur insoferne zur Minderheit gehören, als Kinder von Bürgern der Minderheit diese besuchen, aber der darin unterrichtende staatliche Lehrer selbst nicht ein Wort von der Sprache seiner Schüler versteht. Dieses Gesetz proklamiert zuerst, dass die Kinder von „Staatsbürgern rumänischer Abkunft" nur in Schulen mit vollkommen rumänischer Unterrichtssprache lernen dürfen. Leider ist davon, was die „rumänische Abstammung" bedeutet, weder im Gesetze, noch in den Durchführungsbestimmungen etwas festgestellt, und in dieser Hinsicht ist jeder Staatsbürger dem ausgesetzt, dass auch der letzte Staatsangestellte nach seinem Belieben seine heiligsten Gefühle verletzen kann.

Der § 159 desselben Gesetzes spricht im Rahmen des Elementarunterrichtes in gesetzlicher Form die Errichtung der rumänischen Kulturzone aus, welche vorher schon die Verordnung vom 12. April 1924 (No. 40.771) bezüglich sämtlicher staatlicher Schulen auf 20 Komitate von Rumänien (davon fallen 10 auf Siebenbürger) auf einem Gebiete von 79.589 Quadratkilometer (von Siebenbürgen 47.415), mit 3,917.704 (in Siebenbürgen 1,289.025 überwiegend Ungarn) Einwohnern die Rumänisierung der gemischtsprachigen Einwohnerschaft anordnete.

In diese rumänisierende Kulturzone („zona eteroglota")

können aus anderen Gebieten, besonders aus Altrumänien gebürtige und dort erzogene Lehrer und Professoren ernannt werden, mit einer um 50% höheren Bezahlung, mit 1—2 Jahren günstigerem Avancement und diejenigen, welche sich auf Nationalitätengebieten niederzulassen wünschen, bekommen noch 10 Hektar Siedlungsgrundstücke aus dem staatlichen Reservebesitz.

Was für eine unmenschliche Leistung in diesen sogenannten Minderheits-Staatsschulen der rumänisierenden Kulturzone zu verzeichnen ist, darüber zitieren wir nur zwei staatliche Zeugen: Der kgl. rumänische Schulinspektor des Komitates Maros-Torda referiert in dem amtlichen Berichte von 1924/25 (erschienen Târgu Mureş 1925) über das Ergebnis, welches die in das Komitat entsendeten 120 jungen Lehrer aus dem Königreiche erzielten, die nicht ein ungarisches Wort verstanden und rumänisch höchstens von den Kindern des Notärs und des Gendarmen gehört haben. Sie quälen sich ab — sagt der Bericht — wie der Fisch am Trockenen, sie erreichen kein Resultat, auch nicht mit dem grössten Eifer.

Der zweite Zeuge ist Pompiliu Dan Schuloberinspektor, welcher von einer Inspektionsreise der ungarischen Elementarschulen im Komitat Bihar zurückkehrend, die nachstehende Erklärung abgab (Nagyvárad, 16. November 1926): „Die Forderung ist vollkommen absurd, gegen alle Pädagogik und auch nicht durch Unorientiertheit zu entschuldigen, dass der Schüler der dritten Klasse der Elementarschule in einer ihm unbekannten Sprache die Geopraphie des Landes und überdies noch 29 geschichtliche Aufgaben erlerne." — Bitte nur eine Elementarschule mit „ungarischer Unterrichtssprache" anzusehen, welch' ein Kampf mit unbekannten Worten da gefochten wird. Was diese kleinen Menschen für eine über ihre Kraft gehende Energie entwickeln, bis sie aus der ihnen unverständlichen Wortmenge ein rundes Ganzes zusammenarbeiten, was sie naiv eine Aufgabe nennen, was aber mit ihrer entsetzlichen Aussprache heruntergeleiert, weder von einem Rumänen, noch von einem Ungarn verstanden werden kann. Es ist ein schwindelerregendes Gedächtnisturnen! Und so erweitert sich die Geschichts- und Geographiekenntnis des Kindes, wenn es in seiner Muttersprache gar nichts davon wiedergeben kann, was es gezwungen ist, in rumänischer Sprache fehlerlos herunterzuleiern!

Zu Beginn des Jahres 1925 unterbreitete Unterrichtsminis-

ter Anghelescu den Gesetzentwurf über den Privatunterricht, mit dem absichtlich veränderten Texte der ungarischen Gesetze, dessen Begründung von glühendem Hass gegen Ungarn erfüllt ist. Dieser Gesetzentwurf befasste sich auch mit den nicht-rumänischen konfessionellen Schulen, denn diese wurden endgiltig unter die Privatschulen eingeteilt. Den Inhalt des Entwurfes bildet alles, was er schon in den vorhergehenden zwei bis drei Jahren auf Grund von ungesetzlichen Verordnungen den konfessionellen Schulen aufzwang, deren Autonomie gänzlich ignorierend.

(Fortsetzung folgt.)

Staatliche Unterstützung der Minderheitenkirchen in Rumänien.

Ein Fortschritt, aber noch immer ungenügend.

Das rumänische Kultusministerium begann bereits vor einigen Tagen die Ausbezahlung der auf Januar entfallenden Rate der im neuen Budget garantierten Staatsunterstützung für die Kirchengemeinden. Der den Minoritäten gewährte Betrag ist dieses Jahr bei weitem höher als im vergangenen.

So wird z. B. der Zentrale des katholischen Bistums zu Karlsburg diesmal ein Plus von 419.278 Lei gegenüber dem Vorjahre überwiesen. Das Personal der Zentrale des Temesvárer Bistums erhält einen Mehrbetrag von 465.108 Lei, den theologischen Lehrstühlen in Karlsburg und Temesvár wird ein Unterstützungsplus von 602.920 Lei zuteil. Die römisch-katholische Geistlichkeit wird dieses Jahr mit einem Zuschuss von 2,610.774, die reformierte mit einem solchen von 2,196.000 bedacht, während sich die einschlägigen Ziffern bei der unitarischen Geistlichkeit auf 340.660, bei der lutherischen auf 1,300.000 und bei der türkischen auf 340.294 Lei belaufen.

Die Zentrale des reformierten bischöflichen Amtes zu Grosswardein erhält Subsidien in der Höhe von 741.830 Lei. Die reformierte Theologie zu Klausenburg empfängt gegen das vorige Jahr einen Mehrbetrag von 311.600 und die unitarische Theologie dortselbst einen solchen von 376.892 Lei.

Auf der Liste der Staatssubsidien figuriert auch ein Satz in der Höhe von 8 Millionen Lei, aus welcher Summe das katholische Erzbistum zu Bukarest versorgt werden soll.

Die Gesamtsumme der für die Minoritätenkirchen (Katholiken, Protestanten, Juden und Mohammedaner) verwendeten Staatsunterstützung beträgt genau 198,085.538, also annähernd 200 Millionen Lei, einer Summe von 65.000 Goldfranken entsprechend, was gegen die Vorjahre zwar einen Fortschritt bedeutet, der Seelenzahl der Minderheiten aber bei weitem nicht entspricht.

Du droit privé des femmes de la Transylvanie.

Conférence tenue par M. E. de Jakabffy, au congrès des femmes hongroises de la Transylvanie.
A Cluj — Kolozsvár le 10. novembre 1928.

Mesdames!

Des souvenirs d'enfance me relient à M. Tiberius Brediceanu, une des personnalités éminentes de la vie sociale, économique et artistique de la Roumanie. Il y a quelques années, le hasard m'a fait rencontrer à nouveau cette éminence de la littérature musicale roumaine, qui est en même temps directeur de la banque „Albina." A sa question, si je me portais bien, je répondis: Pas aussi bien que vous, qui avez la chance de pouvoir être et musicien et directeur de banque! M. Brediceanu, tout en appréciant ma réponse, me conta ce fait intéressant: Lorsqu'il se trouve au milieu de ses collègues de la banque, ceux-ci disent „en voilà un artiste"! — et lorsqu'il se mêle aux musiciens, il entend dire de tous cotés avec respect, „en voilà un directeur de banque"!

Mesdames! je crains qu'après ma conférence, vous direz toutes „en voilà un juriste aride" et s'il y a un juriste ici présent, il s'étonnera du simple causeur que je suis. Mais ces sentiments ne peuvent me retenir, et c'est avec plaisir que j'ai accepté la tâche, que le Secrétariat Central des Femmes Hongroises Minoritaires de la Roumanie m'a tracée en me demandant de vous indiquer quelle était jusqu'à présent la situation légale des femmes en Transylvanie et surtout quel est l'esprit des lois maintenant en vigueur dans ces territoires détachés de la Hongrie.

Cette demande du Sécrétariat Central s'explique par un article nouveau, qui fut inseré ce printemps dans notre code légal.

D'après le § 47 de la loi sur les Cultes, la confession des enfants nés sans distinction de sexe de mariages mixtes sera décidée désormais par le père seul.

Cette disposition législative signifie une perte de droit pour le sexe féminin des territoires annexés. Elle fait surgir non sans raison des craintes, si cette première perte ne sera suivie par d'autres, qui en fin de compte renverseront la femme de la

Transylvanie de son piédestal élevé, où une mentalité supérieure l'avait placée depuis des siècles.

Les femmes de la Transylvanie, souhaitant faire bénéficier de cet esprit des lois, propice à leur sexe, ainsi que leurs soeurs de l'ancien royaume roumain, le Secrétariat Central décida de tenir cette conférence d'en faire traduire le texte en roumain et de l'envoyer aux représentants du mouvement féminin de l'ancien royaume roumain, afin de les enrôler, convaincues, dans le combat pour la cause commune et juste.

*

Mesdames! Moralité et droit sont deux idées que l'on trouve dans toutes sociétés humaines. Il est certain qu'en ce territoire où nous vivons et que nous appelons Transylvanie, il y avait déja avant des milliers d'années certaines règles morales et légales, que les hommes d'alors défendaient à l'aide de leurs armes de pierre et de bronze. Mais quelles étaient ces normes morales et légales, nous n'en savons rien; les ustensiles qu'on a trouvés ici et que l'on garde dans nos musées, restent muets, et les savants où chroniqueurs contemporains n'en ont presque rien noté.

Mais un siècle après la naissance du Christ, à la suite des légions de l'empereur Trajan, s'introduisent en ce territoire aussi les idées morales et légales de l'Empire romain. Les morales en sont vite éffacées par la doctrine sublime du christianisme, mais sa conception légale est restée pendant des siècles le trésor culturel d'une majeure partie de l'Europe. Mais cette conception de droit ne se montrait point très chevaleresque envers les femmes. Chez un des juristes romains p. ex. nous lisons: „Les infâmes, les adultes, les femmes ne jouissent pas de tous les droits de citoyens romains."

Cette énumération explique bien des choses. La femme romaine était placée sous tutelle pendant toute sa vie. Elle n'avait ni droits politiques, ni pouvoir dans la famille, elle ne pouvait servir de témoin pour des actes de droit solennels; mais on lui donnait l'avantage blessant de pouvoir se défendre par son ignorance du droit.

Les plus grands légistes romains motivent cet état des choses par l'incapacité de la femme, que la nature n'a pas créée pour l'indépendance, qui mentalement est inférieure à l'homme et que caractérise le „sexus imbecilitas". Avec le

temps, ces idées s'atténuèrent un peu, mais par suite du système patriarcal, la femme resta toujours sous la surveillance du père, du mari ou du tuteur.

Donc pendant ce siècle et demi, où le droit romain était en vigueur dans ces territoires-ci, la situation d'une femme à l'esprit libre n'était pas très enviable.

Au temps de la migration des peuples le droit romain ne pouvait se faire valoir, son esprit dormait. Mais peu-à-peu des états nouveaux se formant par toute l'Europe, les savants se mirent à étudier les anciens parchemins et les grandes thèses du droit romain surgirent à nouveau et vinrent s'introduire dans une certaine mesure, pour se prévaloir en chaque nouveau système juridique.

Naturellement cette mesure était plus complète chez les peuples d'origine commune, ceux qui pouvaient être fiers de leur parenté latine, et qui conservaient encore quelques traditions ou coutumes romaines, — elle l'était moins chez les peuples, qui venaient se placer dans ce nouveau monde culturel avec des institutions sociales et des conceptions de droit toutes différentes et individuelles.

Parmi ces derniers les Germains sont les plus importants, mais il faut y ranger aussi les Hongrois, qui se sont établis ici, il y a mille ans.

Ces peuples ont accepté du droit romain surtout les parties relatives au droit réel et d'obligations, tandis que pour le droit personnel, de famille et de succession, ils ne se sont point départis de leurs conceptions individuelles et particulières.

Ceci explique les différences considérables, qui existent encore aujourd'hui entre les systèmes juridiques des peuples d'origine latine et non latine, concernant le droit personnel, de famille et d'hérédité.

Il va sans dire, qu'au cours des siècles les différentes nations ont rédigé par écrit leurs thèses de droit. Il y a même des compillations qui nous présentent, depuis les temps les plus anciens, tout le système juridique de leurs peuples. Tel est le „Sachsenspiegel" des Germains, originaire du XIII. siècle, et contenant tout un système de droit; et tel encore le „Tripartitum", l'orgueil de la nation hongroise, rédigé en 1514 par Etienne Werbőczy.

Mesdames! En comparant les thèses se rapportant à la

femme, du „Tripartitum" avec n'importe quel systéme de droit de l'Europe médiévale, vous comprendrez pourquoi les Hongrois furent appelés une nation chevaleresque et aussi nation de légistes. Vous aurez de même l'occasion de vous convaincre, que le droit romain ne pouvait avoir une influence assez grande sur l'esprit de nos lois, pour y faire ranger la femme entre les infâmes et les adultes, — ni le droit germain user de son influence, pour nous faire accepter une thèse semblable à celle trouvée dans le „Sachsenspiegel", d'après laquelle le mari devient le tuteur de sa femme, même s'il n'est pas du même rang.

La grande nation française ne parvint que trois cents ans plus tard a posséder un code législatif unifié: le Code Civil, que lui donne Napoléon. Ce livre, qui représente un droit encore vivant de nos jours, contient une disposition, rappelant le „Sachsenspiegel". Notamment, que la femme est incapable de toute action légale, sans l'autorisation de son mari, excepté dans le cas, qu'elle soit marchande publique et fasse un commerce séparé.

Ce seul article indique assez clairement l'esprit du Code entier, pour rendre superflu que je m'y arrête d'avantage.

Et que trouvons nous en comparaison dans le „Tripartitum" hongrois, plus ancien de trois cents ans?

Dans ce recueil de lois, le titre 112. de la première partie stipule les personnes qui sont capables de disposer indépendamment et nous pouvons y lire:

„Mais nous appelons indépendants (majeurs) ceux qui ne sont placés sous le pouvoir de personne. Sachons donc, que les vierges et les filles, jusqu'à ce q'elles se marient, sont toujours placées sous la tutelle et le pouvoir d'autrui, parce que s'il en était autrement et si elles n'avaient point de tuteur, on pourrait facilement les éconduire ou les duper, vu leur mentalité légère."

Werbőczy constate donc une mentalité légère uniquement pour les filles, et non pour la femme en général, comme le font les Romains et d'après eux, les juristes français, en délarant que la femme n'est point créée pour l'indépendance. Le droit hongrois du moyen âge s'est déjà élevé assez haut pour rendre les femmes mariées, veuves et divorcées exemptes de toute tutelle et même du pouvoir marital.

Sous le titre 18. et 19. de la première partie du „Tripartitum", Werbőczy pose la question: pourquoi les filles ne sont

admises à succeder aux propriétés de leurs pères, obtenues par donation du souverain en récompenses de services rendus?"
Il y répond: „Parce que cette Hongrie avec toutes les parties qui lui sont subordonnées, étant entourée d'ennemis et quasi placée dans leurs gueules, nos ancêtres avaient l'habitude de la protéger et défendre seulement par l'épée et les armes, et c'est ainsi qu'ils ont obtenu leurs terres et propriétés pour des services militaires et en versant leur sang, comme il l'est encore aujourd 'hui l'usage d'en obtenir. Mais les femmes et les filles n'ont pas l'habitude de prendre les armes et de combattre l'ennemi et elles ne seraient pas à même de le faire; voilà pourquoi les dites propriétés ne peuvent pas revenir aux filles. Si au contraire on demande pourquoi les droits de succession sur les propriétés achetées avec l'argent du père et de la mère reviennent tout aussi bien à la ligne des filles qu'à celle des fils, il faut répondre: que l'amour fraternel que les frères ressentent et sont par la loi divine, censés de ressentir envers leurs soeurs, permet que les filles succèdent aux possessions et terres achetées par la famille, ensemble avec les garçons, par égales portions et en droit de perpétuité, afin que cela ne paraissent pas, comme si elles étaient entièrement exclues du droit de succession de leurs pères."

Voilà! Quelle conception et combien purifiée! Ce n'est pas l'incapacité, l'infériorité mentale, le „sexus imbecilitas", que Werbőczy allègue pour expliquer pourquoi les filles ne peuvent hériter des terres obtenues par leurs pères en donation du souverain, pour services rendus, mais le fait, que ces propriétés ont été acquises par le sang, et que les filles ne pourraient les défendre.

Les titres du Tripartitum qui stipulent même la possibilité du transfert des droits de l'homme à une femme (en latin: praefectio) prouvent encore d'avantage, combien la conception juridique hongroise a réprouvé la doctrine romaine, qui statue l'inaptitude de la femme à l'indépendance.

Car l'ancien droit hongrois rendait possible que les filles puissent hériter même des propriétés par donation du souverain, par privilège royal, si le donataire n'avait point d'héritier direct mâle et sollicitait le transfert de ses droits à sa fille. Encore plus caractéristique pour ce point de vue juridique est le fait, qu'en cas de mariage d'une fille qui avait obtenu de cette ma-

nière les droits d'un homme, même en se mariant avec un roturier, les enfants issus de cette union sont reconnus nobles, et deviennent héritiers de la donation du souverain.

Mais cette conception chevaleresque de l'ancien droit hongrois envers la femme se manifeste encore en bien d'autres articles. Par ex. le prix du sang, c'est à dire la somme qu'un assassin devait payer pour avoir tué quelqu'un, était différent dans l'ancien droit germanique, selon que l'assassiné était un homme ou une femme, et le prix était deux fois plus grand dans le premier cas. En même temps le droit hongrois donnait à la vie de l'homme et de la femme la même valeur. Un autre exemple, toujours en contraste avec la loi germanique est, qu'une fille noble, si elle épousait un roturier, gardait intacte sa noblesse et tous les privilèges qui en dérivent.

Il nous faut signaler ici que le „Tripartitum" de Werbőczy ne peut être considéré comme source de droit, les thèses que l'on y trouve ne datent pas de l'année 1514. Werbőczy y a recueilli par ordonnance royale des articles de droit hongrois séculaires, et les exemples que nous avons cités, nous montrent l'esprit des lois hongroises du XIV. et XV.-e siècles, comme elles étaient alors en vigueur dans le royaume de St. Étienne.

Malheureusemnet quelques années après la naissance du Tripartitum, une catastrophe terrible vint bouleverser la nation hongroise: le désastre de Mohács. Au milieu du XVI. siècle le royaume hongrois, jusqu'alors uni fut déchiré en trois parties, pour rester ainsi démembré pendant un siècle et demi.

Dans sa partie centrale, les Turques anéantissaient toute culture; celle de l'ouest, le pouvoir des Habsburgs tâcha de la germaniser; et c'est à l'est seulement, à peu près sur le territoire, que Trianon a adjoint à la Roumanie, que la vie nationale put demeurer et se développer.

Cette nouvelle vie nationale dut naturellement adapter sa législation aux nouvelles circonstances. Mais cette nouvelle élaboration du droit, commencée en 1540. à la diète de Segesvár, fut conduite dans le même esprit qui règnait auparavant dans la conception juridique du royaume entier.

Grâce aux deux Georges Rákoczy et à Michel Apafi, ce nouveau droit hongrois fut codifié et nous en connaissons les recueils sous les dénominations d'Approbatae Constitutiones et Compilatae Constitutiones.

Nous n'y rencontrons aucune disposition qui marquerait une rechute, comparée à l'esprit chevaleresque du „Tripartitum" — même en les étudiant à fond nous y trouverons cet esprit encore affermi. Par ex. sous le titre 19. de la troisième partie de l'Approbatae nous lisons: „Les femmes nobles disposant de peu de moyens et aussi d'autres qui ont perdu leur mari et dont les possessions ne surpassent point la moitié du lot minime de propriété, seront dans la première année de leur veuvage exemptes d'équiper un homme pour les expéditions de guerre, si toutefois leur conduite est irréprochable".

La conception juridique hongroise accorde ainsi même des privilèges aux femmes en les soulageant des charges qui leur étaient imposées par leur état noble, mais seulement à condition d'une conduite morale. Un autre édit intéressant se trouve sous l'article 438. de la 5. partie, qui dit: „Les Valaques, qui selon leurs mauvais usages précédants se sont procuré une femme par vol, encourent la peine de mort, si toutefois la fille ou femme enlevée n'y a pas elle même consenti". C'est à dire, la législation transylvanienne considère le droit de disposition et la liberté de manifester sa volonté tellement importants, même chez une femme serve roumaine, qu'elle punit de mort celui qui ose outrager cette liberté. Une législation tellement relevée reste fidèle à elle même, lorsqu'elle ordonne dans le § 11. de la loi de 1791, concernant la tutelle, ce qui suit:

Considérant que l'instinct naturel oblige les parents à avancer le bonheur de leurs enfants, il est défendu d'exclure les parants de leur tutelle personnelle et de la gestion de leurs biens, à moins qu'ils en soient déclarés incapables par la loi. Les parents ne peuvent pas même être contraints à rendre un compte exact de leur tutelle, sans préjudicier aux liens naturels qui existent entre parents et enfants. Par conséquent, si l'un des époux meurt, la tutelle des enfants privés de leur père ou mère, sera remise d'office à l'autre parent survivant, si toutefois il en est capable devant la loi.

Mesdames! Si nous considérons l'esprit des lois de la Transylvanie qui rendit il y a un siècle et demi, la femme égale à l'homme devant la loi, en assurant à la mère un droit absolument équivalent à celui du père, lorspu'il s'agit de leurs enfants, nous ne pouvons nous étonner de l'amertume avec laquelle les femmes de la Transylvanie d'aujourd'hui pensent à cet article

de la loi sur les cultes, passés en l'année 1928, qui signifie pour elles une dégradation aussi considérable.

Afin de pouvoir comprendre la provenance de pareilles dispositions, il nous faut considérer le fait, que dans l'ancien royaume roumain la femme restée veuve, ne peut encore aujourd'hui être tutrice de ses enfants, sans le consentement spécial de la famille de son mari et qu'elle perd cette tutelle, dès qu'elle se remarie. L'homme au contraire, veuf ou divorcé, peut se remarier autant de fois que bon lui semble, il restera toujors tuteur de tous ses enfants et a le droit de gérer leurs biens et d'en user à son gré.

Le droit hongrois était en vigueur en Transylvanie jusqu'à l'année 1853. Après la défaite de la guerre de liberté hongroise de 1948—49, le gouvernement autrichien, aspirant toujours à l'unification, introduisit ici le code civil autrichien. Les ordonnances en sont pour la plupart encore valables aujourd'hui dans le territoire de la Transylvanie historique et dans la cidevant province frontière (en latin: confinium militare) de Karánsebes. Dans les autres territoires hongrois, annexés à la Roumanie, l'ancien droit hongrois fut rétabli en 1860 et le „Tripartitum" de Werbőczy en est resté la source principale.

Le code civil autrichien, s'il n'est pas aussi libéral envers les femmes que le droit hongrois, a tout de même une conception plus avancée, que le Code Civil Napoléon, qui est d'origine à peu prè contemporaine et forme la base du droit de l'ancien royaume roumain.

Nous savons, qu'à partir de 1867 jusqu'au changement de l'Imperium, la législation hongroise unifiée constitua le droit aussi pour le territoire de la Transylvanie. Cette législation se hâta de placer hors de cause justement les articles du code civil autrichien, qui d'une part étaient contraires à l'esprit de l'ancien droit hongrois, et dont les autres étaient surannés. Il est donc naturel que les lois hongroises, édictées depuis 1867 et valables aussi pour la Transylvanie, ont restitué l'ancienne conception chevaleresque vis-à-vis des femmes et ont créé, concernant les femmes, le système de droit le plus équitable de l'Europe.

Ce système possède une loi sommaire, consistant de trois paragraphes seulement. Notament:

§ 1. Les filles, en etteignant leur 24.-année, deviennent

majeures et entrent en pleine possession de tous les droits attachés à la majorité.

§ 2. Chaque femme devient majeure au moment de son mariage, et elle garde ce droit même en devenant veuve avant d'avoir atteint l'âge prescrit dans le § 1., de même si elle est divorcée en justice ou son mariage dissous.

§ 3. Le Ministre de Justice est chargé de l'exécution de cette loi.

Mesdames! Nos ancètres qui ont, il y a un demi siècle statué à nouveau ces articles du „Tripartitum", ne pensaient sûrement pas, qu'il se trouverait une fois en Transylvanie un juge, qui lorsqu'une femme comparaitrait en justice pour faire valoir une créance, provenant d'un contrat, lui demanderait de produire tout d'abord l'autorisation de son mari, lui permettant de contracter. Et justement il arriva, que le procureur d'une jeune femme ne put comprendre, quelle autorisation le juge pouvait bien lui réclamer. Il fallait l'intervention d'un avocat plus routiné, qui avait aussi connaissance du droit de l'ancien royaume roumain, pour expliquer et au juge et au jeune procureur, que vraiment au delà de nos montagnes, le Code Civil prescrit la nécéssité d'une pareille autorisation, parce que la femme y est encore placée sous la tutelle de son mari: mais ici, chez nous il y a au moins 500 ans que ce n'est plus nécéssaire.

Ce serait nous rendre ridicules, que de ne pas reconnaitre la grandeur du Code Civil, qui forme la base du droit privé roumain. Nous trouvons donc parfaitement natural pue les nations latines adhèrent à ces thèses avec un certaine fierté. Mais la piété et le respect ne peuvent mettre un frein au progrés. Les articoles du Code Civil, concernant la tutelle de la femme, motivés uniquement par son sexe, sont suranné est tout le principe, qui en matière de droit privé est préjudiciable à la femme vis-à-vis de l'homme.

Lorsque la commission, qui par ordre de Napoléon élabora le Code Pénal, arriva à discuter l'article sur l'enfanticide, Napoléon fut présant à la séance. Et quand Bécaria proposa de ne point punir de mort l'infanticide, parce qu'il faut considérer l'état d'âme d'une malheureuse femme, tout de suite aprés ces couches, dont l'honneur et peut être toute l'existence est ruiné par l'enfant qui vient de naître, Napoléon se récria contre pareille proposition. Il exigea la peine de mort pour ces femmes, et donna pour cause, qu'il lui fallait des soldats!

Cet artic'e brutal fut rejeté par la législation roumaine. Pas même le grand respect qu'ils portent à la nation française et à son plus grand souverain, ne put ammener les législateurs roumains à accepter cette disposition cruelle. Mais s'ils pouvaient en rejeter un article par considérations humanitaires, ils pourraient bien en rejeter un autre dans l'intéret du progrès. Ils pourraient donc éliminer cette thèse du droit, qui tient les femmes sous tutelle d'après leurs sexe, et rendre ainsi les membres des deux sexes égaux dans leurs droits privés.

Les femmes de la Transylvanie doivent tâcher de solliciter cette égalité devant la loi privée, aussi au delà de nos montagnes, dans l'ancien royaume roumain. Aussi longtemps qu'elle y manque et que la conception épurée de la Transylvanie n'y sera pas adoptée, les efforts d'unification du droit nous en réserveront encore de grandes surprises.

Voilà pourquoi je vous prie de ne pas qualifier d'immodestie, si je termine ma conférence par la proposition suivante:

Parmi les membres des grandes nations de l'Europe, il y a dejà plusieurs femmes jurisconsultes d'une autorité reconnue. A l'Union des Ligues de la Société des Nations nous avons l'occasion de nous rendre compte de leurs efforts imposants en faveur du progrès universel. Cherchez à prendre contact avec les organes correspondants des femmes roumaines, et de concert avec elles, priez ces éminentes dames juristes de bien vouloir examiner les trois systèmes de droit aujourd'hui en vigueur dans les territoires de la Roumanie: c'est a dire le Code Civil Napoléon, le code civil d'Autriche, et le droit hongrois; de les comparer au point de vue de la position légale de la femme, et de nous donner leur opinion, lequel de ces trois systèmes a la conception la plus conforme à l'esprit du XX.-e siècle. Munies de ces expertises, attendez le moment où la législation s'occupera du projet de l'unification du droit privé et alors, Femmes de la Majorité et Femmes Minotaires, unissez vous dans un même but: le triomphe de la conception la plus moderne, la plus équitable et la plus chevaleresque.

Car, Mesdames, il est vain de porter plainte contre seulement l'un ou l'autre article préjudicieux. C'est uniquement la modification de toute la conception du droit, qui pourra nous apporter l'assurance, que vous ne serez pas privées de votre part des bénéfices des idées civilisées du XX.-e siècle.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Dr. Theodor Grentrup: Die kirchliche Rechtslage der deutschen Minderheiten katholischer Konfession in Europa.

Unter den jüngst herausgegebenen Werken der „Deutschen Rundschau" finden wir ein auch für uns höchst bedeutungsvolles: Dr. Theodor Grentrup, der unter dem Titel „Nationale Minderheiten und katholische Kirche" unsere minderheitliche Litteratur schon im Jahre 1927 um ein wertvolles Werk bereichert hat, liess durch die „Deutsche Rundschau" ein Sammelwerk herausgeben, worin fast alles Rechtsmaterial registriert ist, welches die Lage der katholischen Kirche und der katholischen Gläubigen in folgenden Ländern respektive Landstrichen regelt: Eupen, Malmedy, Dänemark, Estland, Elsass-Lothringen, Italien, Deutsch-Südtirol, Jugoslavien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Sowjetrussland, Tschechoslovakei und Ungarn.

Der textgetreuen Darstellung der Rechtsmaterie vorangehend gibt uns der Verfasser ein allgemeines Bild über die Lage der katholischen Kirche in den einzelnen Ländern. Von diesen interessiert uns besonders diejenige von Rumänien; wir geben sie darum in folgendem wieder:

1. Völkerrecht. In Rumänien werden die kirchenpolitischen Rechtsverhältnisse durch den Minderheitenschutzvertrag bestimmt. Die Landesgesetzgebung hat die betreffenden Bestimmungen formell nicht übernommen, doch bemüht sich die rumänische Regierung, z. B. auf dem Gebiete des Schulwesens den Minderheiten ein Mindestmass der vertraglich festgelegten Rechte zuzugestehen, ohne allerdings damit den berechtigten Erwartungen der Minderheiten zu entsprechen.

2. *Staatskirchenrecht.* Das im Mai 1927 abgeschlossene Konkordat ist bisher (1928) noch nicht ratifiziert worden. Das Verfassungsgesetz hat die frühere enge Verbindung der orthodoxen Kirche mit dem Staate gelöst, aber es baut die gegenwärtige Rechtsordnung doch immer noch auf der Idee einer, wenn auch loseren, Verbindung von Staat und Kirche auf. Gemäss den Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages wird allen Kulten „die gleiche Freiheit und Unterstützung" zugesagt

(Art. 22), aber im unmittelbaren Anschluss daran wird eine Rangordnung der Kirchen aufgestellt, die dem Grundsatz der Gleichheit offenbar nicht entspricht. An erster Stelle steht die orthodoxe Kirche als „die herrschende Kirche im rumänischen Staat"; ihr folgt die griechisch-katholische Kirche, die „vor den übrigen Kulten den Vorrang" behauptet; den Schluss in der Reihenfolge bildet die Kategorie der sonstigen Kulte. Auffallend ist auch, dass die Gemeinschaft der Orthodoxen und der Katholiken des griechischen Ritus konsequent mit dem bevorzugten Titel „Kirche" angesprochen wird, während die anderen Religionsgemeinschaften immer nur als „Kulte" bezeichnet werden. Eine offenkundige Ungleichheit in der Behandlung der Religionsgemeinschaften offenbart: erstens Art. 72, der alle orthodoxen und griechisch-katholischen Bischöfe von Amts wegen zu Senatsmitgliedern macht, dagegen von den übrigen „Kulten" nur je einen Bischof bzw. ein Oberhaupt zulässt; zweitens Art. 77, in welchem bestimmt wird, dass die Nachkommen des Königs in der orthodoxen Religion erzogen werden müssen. Das Kultusgesetz 1928 (Anhang 439 ff.) gibt dem Staat ein weites Kontrollrecht über die Kirche.

Durch die Agrarreform wurden die Kirchen der Minderheiten äusserst schwer getroffen. Wegen der geringfügigen Entschädigung steht sie einer fast völligen Enteignung gleich. Dazu kommt, dass durch die Enteignung des weltlichen Grossgrundbesitzes die mit ihm verbundenen Patronate, die früher zum grossen Teil die einzelnen Kirchen unterhielten, aufhörten. Einen teilweisen Ersatz empfing die Kirche dadurch, dass den Pfarreien je 32 Joch Ackerland zugewiesen wurden, was zunächst sehr zögernd, aber heute (1928) in den weitaus meisten Fällen durchgeführt worden ist.

Die Geistlichen aller Konfessionen erhalten vom Staate eine bescheidene Subvention.

Für das Schulwesen der Minderheiten sind die konfessionellen oder Kirchenschulen von besonderer Bedeutung. Das Privatschulgesetz vom 12. Dezember 1925 anerkennt die Religionsgemeinschaften als Gründerinnen von Privatschulen mit dem Recht, die Unterrichtssprache zu bestimmen. Sehr zu Unrecht werden die katholischen Ordensgesellschaften von der Gründung und Leitung der Schulen mit einer minderheitlichen Unterrichtssprache ausgeschlossen. Doch dürfen die Ordensmitglieder in

Schulen, die anderen z B. dem Bischof gehören, Unterricht in einer Minderheitensprache erteilen. Um die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, hat daraufhin die römische Kurie durch Dekret von 28. Juni 1927 alle Schulen der Ordensleute in Rumänien den betreffenden Ortsbischöfen unterstellt. Eine empfindliche Beeinträchtigung des deutschen Schulwesens liegt darin, dass die rumänischen Behörden die Befähigungausweise der deutschen Lehrer- bzw. Lehrerinnenbildungsanstalt in Temesvar nur für die konfessionellen, nicht aber für die staatlichen Schulen anerkennen.

3. Kanonisches Recht. Die Diözesaneinteilung der neuen Gebietsteile, die durch die Trennung von Ungarn teilweise in Mitleidenschaft gezogen worden ist, wird voraussichtlich in dem zu erwartenden Konkordat endgültig geregelt werden. Für die deutsche Minderheit kommt katholischerseits in erster Linie das in Temesvar vorgesehene Bistum in Betracht, das vorläufig noch durch eine Apostolische Administratur ersetzt ist. Die Organisation der Kirchengemeinden vollzieht sich auf der Grundlage der kirchlichen Autonomie, d. h. eine aus Geistlichen und Laien gebildete Organisation führt nach einem vom Bischof genehmigten Statut die materiellen und kulturellen Angelegenheiten der Kirchengemeinden. Die Organisationen der Einzelgemeinden sollen in eine Gesamtorganisation der ganzen Diözese zusammengeschlossen werden, die entsprechend den nationalen Bestandteilen der Bevölkerung aufgebaut wird.

Schrifttum: Die Schriften über das Deutschtum in Rumänien tragen im allgemeinen den kirchenrechtlichen und staatsrechtlichen Verhältnissen äusserst wenig Rechnung. Am besten orientiert über diesen Punkt das vom magyarischen Standpunkt aus geschriebene Buch von Zsombor de Szász, The Minorities in Roumanian Transylvania, London 1927.

Dieses Buch des Dr. Grentrup ist Denen, die sich mit religionsminderheitlichen Fragen befassen, geradezu unentbehrlich.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.